

Großversuche mit Schutzbefohlenen

Veröffentlicht am 20.02.2001 | Lesedauer: 5 Minuten

Von Ulrich Sprenger

Längst hat die Wissenschaft die Unterlegenheit der Gesamtschule bewiesen - doch deren Lobby ist mächtig

In der Bundesrepublik Deutschland werden nach Ausweis der "Statistischen Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz" etwa 40 Prozent aller Jugendlichen auch noch im 5. und 6. Jahrgang in begabungsmäßig gemischten, heterogenen Lerngruppen unterrichtet. Ganz sicher ist dies einer der Gründe für das mittelmäßige Abschneiden Deutschlands bei internationalen Leistungsvergleichen. Trotzdem soll die Zahl solcher Lerngruppen noch weiter zunehmen. Nun steht und fällt der Erfolg des Unterrichts in heterogenen Lerngruppen mit dem Gelingen von "Binnendifferenzierung", auch "Innere Differenzierung" genannt. Das ist der Versuch, schon innerhalb des Klassenverbandes dem unterschiedlichen Lerntempo und dem unterschiedlichen Auffassungsvermögen der Schülerinnen und Schüler durch Aufgaben mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad gerecht zu werden. Im Gegenzug bedeutet "äußere Differenzierung" Unterricht in getrennten Kursen oder Klassen. Zu der Frage, wie gut sich das theoretische Konstrukt der Binnendifferenzierung an Gesamtschulen in die Praxis umsetzen lässt, existieren bis heute keine breiter angelegten und aussagekräftigen Untersuchungen. Zwar gab es schon 1980 unter dem Titel "Binnendifferenzierung im Urteil von Gesamtschullehrern" eine sehr aufwendige Untersuchung von Peter M. Roeder, der von 1973 bis 1995 Direktor des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung in Berlin (MPIB) und ein erklärter Befürworter der Gesamtschulidee war. Das Ergebnis der Untersuchung, vorgelegt im Schlusssatz der Zusammenfassung, lautete: "Insgesamt sprechen die hier vorgelegten Befunde nicht dafür, dass der Verzicht auf Formen der äußeren Leistungsdifferenzierung durch Binnendifferenzierung in heterogenen Lerngruppen unter den gegebenen Bedingungen weit gehend zu kompensieren ist." Deutlicher als diese reichlich verschlüsselte Bilanz sprechen die vielen Zitate aus Interviews: Binnendifferenzierung ist von der Lehrerschaft wegen des hohen Arbeitsaufwands als Dauerangebot nicht zu leisten. Konsequenz: Schwächere Schüler können nicht hinreichend gefördert werden, und stärkere Schüler können nicht hinreichend gefordert werden. Diese Untersuchung von 1980 hat allerdings zwei gravierende Mängel. Erstens: Sie war keine Zufallsstichprobe, also nicht repräsentativ. Der zweite gravierende Fehler: Die Ergebnisse wurden erst 1997, also mit 17 Jahren Verspätung und in klarem Gegensatz zu akademischen Selbstverständlichkeiten, veröffentlicht. Für Gesamtschullehrerinnen und Gesamtschullehrer ist diese Verzögerung blanker Zynismus. All die Zeit mussten sie sich von Schulleitern und Dezernenten bezüglich ihrer Unterrichtsprobleme den Vorwurf gefallen lassen, sie beherrschten eben nicht die Kunst der Binnendifferenzierung. Und Niedersachsens Ministerpräsident Gabriel geht tatsächlich immer noch von der Annahme aus, die für die geplanten Sekundarschulen erforderliche Binnendifferenzierung "lernen die jungen Lehrer ja in den Seminaren". Wenn jene Untersuchungen repräsentativ angelegt und schon 1982 veröffentlicht worden wären, gleichzeitig mit Helmut Fends "Bilanz des Gesamtschulversuchs", dann wäre der von den Gesamtschulbefürwortern betriebene starke Meinungsdruck in den Gesamtschulkollegien wie auch in der Öffentlichkeit längst eine Sache der Vergangenheit. Wir erinnern an die Schmach der Gewerkschaften 1997 und 1998 nach Bekanntwerden der ersten gesamtschulkritischen Befunde des MPIB-Projektes "Bildungsverläufe und psychosoziale Entwicklung im Jugendalter (Biju)" aus NRW. Oder an die unsägliche "Anti-Erbsen-Zähler-Aktion", die im Sommer 1998 vom Landeselternrat der Gesamtschulen in NRW e.V. mit Unterstützung der Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen NRW und der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. gegen das Projekt Biju angezettelt worden war, um den heutigen Direktor des MPIB und Leiter der Biju-

Studie, Jürgen Baumert, und seine Mitarbeiter lächerlich zu machen. Oder an den Versuch des Hauptvorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), dem MPIB 1999 mit dem Gutachten eines Konstanzer Privatdozenten Unwissenschaftlichkeit zu unterstellen. In für ihn ungewohnter Schärfe tat Baumert das GEW-Gutachten dann als ein "politisches Pamphlet" ab. Der Meinungsdruck der Gesamtschulbefürworter beherrscht nach wie vor die Szene. Man bemerke die Zurückhaltung des MPIB bezüglich weiterer Veröffentlichungen aus dem Projekt Biju. Nach den "Zwischenberichten" für NRW von 1994 und 1996 hat es einen 3. Zwischenbericht nicht mehr gegeben. Informationen über die am Projekt Biju beteiligten 59 Berliner Schulen liegen bisher nicht vor. Und eine deskriptive Zusammenfassung aller Biju-Befunde ist, obwohl von Ministerin Behler für 1998 angekündigt, immer noch nicht in Sicht. Möglicherweise wirkte sich die "Zurückhaltung" von Roeder im eigenen Hause auf den Fortgang der Forschungen aus. Die drängende Problematik der Binnendifferenzierung war ja spätestens 1980 erkannt worden. Es ist deswegen für uns unverständlich, warum das MPIB-Forschungsprojekt Biju dann 1991 nicht schon mit dem 5., sondern erst mit dem 7. Jahrgang begonnen hat. Immerhin leitete Roeder als Direktor des MPIB das Projekt Biju "zu Beginn kooperativ" mit Baumert. Oder sollte auch hier der Meinungsdruck der Gesamtschulbefürworter im Spiel gewesen sein? Ganz sicher lassen sich für einen Start im 5. Jahrgang mehr gute Gründe nennen als für den Start im 7. Jahrgang. Die 5. und 6. Jahrgänge der Gesamtschulen in NRW und der sechsjährigen Grundschulen in Berlin bieten ideale Bedingungen für repräsentative Untersuchungen zum Fördereffekt heterogener Lerngruppen und zu den Grenzen der Binnendifferenzierung. Auch in anderer Hinsicht kritisieren wir bezüglich der Gesamtschulen eine uns unverständliche Zurückhaltung der Bildungsforschung. Bereits 1977 war es eines der am besten bezeugten Ergebnisse der Lehr- und Lernforschung, dass leistungsschwächere Schüler an Gesamtschulen infolge der dort unvermeidlichen Unzulänglichkeits-erfahrungen hohen psychischen Belastungen ausgesetzt sind. In einem 1977 veröffentlichten Aufsatz von Helmut Fend und Werner Specht heißt es: "Angesichts des Anspruchs der Humanisierung der Schule, mit dem die Gesamtschulbewegung stets aufgetreten ist, muss die Tatsache besonders enttäuschen, dass offenbar gerade diejenige Schülergruppe am wenigsten von der neuen Schulstruktur profitiert, die dieser Humanisierung am meisten bedarf, . . . nämlich jene der schwächeren und sozial benachteiligten Schüler . . . Beunruhigend erscheint vor allem, dass die relativ ungünstige Lage der schwächeren Schüler an Gesamtschulen, wie sich in den oben angeführten Daten zeigt, offenbar keine historische Zufälligkeit darstellt, sondern im Wesentlichen als Folge des Strukturmerkmals der Integration gesehen werden muss, was die Erfolgsaussichten kompensierender Maßnahmen verständlicherweise verringert." Wäre es nicht angebracht gewesen, einer so bedrückenden Problematik, die das Konzept der integrierten Gesamtschule massiv infrage stellt, endlich die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken? Seit mehr als 30 Jahren fehlen in der Bundesrepublik Deutschland aussagekräftige empirische Befunde zum Fördereffekt der Orientierungsstufen, zu den Grenzen der Binnendifferenzierung und zur Situation der lernschwächeren Schüler in heterogenen Lerngruppen.

Der Arbeitskreis Gesamtschule e. V. wiederholt daher in aller Form den Vorwurf, den er schon am 22. Januar 1996 in seinem offenen Brief an die Kultusminister erhoben hat: "Es laufen hier zu Lande Großversuche mit Schutzbefohlenen - ohne ausreichende wissenschaftliche Grundlagen und ohne ausreichende wissenschaftliche Kontrolle." Wir erinnern die Landesregierungen an ihre Fürsorgepflicht.

Der Autor ist Vorsitzender des Arbeitskreises Gesamtschule e.V.

<https://www.welt.de/print-welt/article434859/Grossversuche-mit-Schutzbefohlenen.html>